

Kleine Anfrage

des Abg. Friedrich Haag FDP/DVP

Auswertung der Bürgerbeteiligung und der Infoveranstaltung vom 23. September 2025 zur geplanten Forensik in Stuttgart Bad-Cannstatt

Ich frage die Landesregierung:

1. Welches Fazit (Auswertung, Handlungsempfehlung) zieht sie nach den drei Veranstaltungen der Bürgerbeteiligung in Bad Cannstatt im März bzw. Mai 2025?
2. Welche weiteren Dialogformate sind vor Ort geplant?
3. Wie fällt der Abschlussbericht der Info-Veranstaltung am 23. September 2025 aus, unter Berücksichtigung der Faktoren Erfolg der Veranstaltung, Akzeptanz bei den Teilnehmern, Informationstiefe und Verständlichkeit der Referenten?
4. Welche Ergebnisse der fertiggestellten Projektstudie zur Forensik-Nutzung, zum Umbau und zu den dafür anfallenden Kosten liegen ihr vor?
5. Wird für die im und am leeren Klinikgebäude vorgesehenen erforderlichen Umbaumaßnahmen eine Baugenehmigung benötigt und falls ja, bis wann wird diese bei der Baubehörde der Stadt Stuttgart eingereicht?
6. Unter welchen rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen kann das Land den geschlossenen Vorvertrag über eine Anmietung der Immobilie wieder auflösen?
7. Seit wann gibt es Kontakte bzw. Vorvereinbarungen zur Integration einer psychosomatischen Ambulanz der Sonnenberg Klinik in die erste Etage des Rot-Kreuz-Krankenhauses?

02.10.2025

Haag FDP/DVP

Begründung

Im Jahr 2024 wurde bekannt, dass das Land Baden-Württemberg am Standort Stuttgart Bad Cannstatt (ehemaliges Krankenhaus vom Roten Kreuz, Badstraße 35-37) eine Klinik für forensische Psychiatrie als neue Einrichtung im Maßregelvollzug des Landes errichten will. Bis zu 80 psychisch kranke Straftäter sollen dort behandelt werden. Es soll für 20 Personen eine geschlossene Station geben. Viele Anwohner und Gewerbetreibende in der Bad Cannstatter Altstadt lehnen das Vorhaben ab. Das Sozialministerium führte deshalb im ersten

Halbjahr eine „Dialogische Bürgerbeteiligung“ durch. Am 23. September 2025 fand am Objekt zudem eine Info-Veranstaltung mit dem Sozialminister statt. Die Kleine Anfrage will erfragen, welche Schlussfolgerungen das Land aus diesen Veranstaltungen zieht.